

Weitere Eskalation im Persischen Golf verhindern

Nils Schmid

Die gegenwärtigen Spannungen im Golf von Oman sind zum einen auf die Entscheidung von US-Präsident Donald Trump zurückzuführen, das Atomabkommen mit dem Iran zu kündigen. Zum anderen spielt die aggressiv ausgerichtete Außenpolitik des Iran in der Region eine große Rolle und die Drohung Teherans, aus dem Nuklearabkommen auszusteiern. Zusammen mit Frankreich und Großbritannien führt Deutschland unter Hochdruck diplomatische Gespräche mit Washington und Teheran, um zu Deeskalation und Dialog beizutragen. Deutschland setzt sich gemeinsam mit den EU-Partnern weiter intensiv für den Erhalt der Nuklearvereinbarung (JCPOA) mit Iran ein. Das Abkommen ist ein wichtiger Sicherheitsrahmen für die Region und verhindert dort einen nuklearen Rüstungswettlauf. Seine Beendigung würde keine Probleme lösen, aber neue Spannungen schaffen. Iran wurde mehrfach nachdrücklich dazu aufgefordert, zur vollständigen Einhaltung des Abkommens zurückzukehren und keine weiteren Schritte zu unternehmen, die dieses weiter aushöhlen. Mit unseren europäischen Partnern wird intensiv darüber gesprochen, wie die Staaten der Region in die maritime Sicherheit einbezogen werden können. Denn um ungewollte Eskalationen zu vermeiden, braucht es funktionierende Gesprächskanäle, die den Respekt und die Geltung der gemeinsamen Regeln für die internationale freie Schifffahrt unter anderem durch Vertrauensbildung verbessern.

Mit der Festsetzung des unter britischer Flagge fahrenden Öltankers „Stena Impero“ Mitte Juli wurde eine neue Eskalationsstufe erreicht. Vorangegangen war die Festsetzung eines iranischen Supertankers mit Verdacht auf illegale Öllieferungen nach Syrien durch britische Kräfte vor Gibraltar. Mit der Freigabe des iranischen Tankers „Adrian Darya-1“ durch Gibraltar zeichnet sich möglicherweise eine leichte Entspannung der Lage ab. Diplomatie darf nie aufhören, Kriege möglichst zu verhindern. Am diplomatischen Ansatz gegenüber Iran ist daher festzuhalten. Es ist auch richtig, diese Frage zu internationalisieren. Denn nicht nur Europa wäre von der drohenden Eskalation betroffen, sondern auch die asiatischen Staaten, die mindestens ein ebenso großes Interesse an der freien Durchfahrt im Persischen Golf haben. Auch deshalb ist es angebracht, die Vereinten Nationen miteinzubeziehen. Die Freiheit der internationalen Schifffahrt

ist für Deutschland von großem außen- und handelspolitischem Interesse. Es ist daher notwendig, die Staaten der Region an einen Tisch zu bringen und bei der Lösung der Krisensituation an der Straße von Hormus eng einzubinden. Bei der Frage einer möglichen EU-Mission kommt es vor allem auf den Charakter und die Details der Ausgestaltung einer solchen Mission an, die derzeit noch nicht klar sind. Es müsste sichergestellt sein, dass europäische Beobachtungsschiffe nicht in eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Iran und den USA einbezogen würden.

Oberstes Ziel unseres deutschen politischen Engagements in der gegenwärtigen Krise ist es, mit Frankreich und Großbritannien gemeinsam eine Politik der Deeskalation zu gestalten. Dabei setzen wir uns klar von Washingtons Politik des maximalen Drucks ab. Gleichzeitig setzen wir unsere Bemühungen zur Bewahrung des Nuklearabkommens fort. Für uns steht fest, dass es keine deutsche Beteiligung an einer gegen den Iran gerichteten Militärintervention geben wird! Stattdessen setzt sich Bundesaußenminister Heiko Maas gemeinsam mit seinen europäischen Kolleginnen und Kollegen für Deeskalation und Dialog ein. Ob und in welchem Format es überhaupt eine europäische Beobachtermission geben wird, ist noch völlig offen. Insofern kann auch die Frage einer deutschen Beteiligung zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beantwortet werden. Bevor es dazu käme, müssten zunächst intensive Gespräche mit den Anrainerstaaten geführt werden. Zuvor gilt es auch, Möglichkeiten für die Behandlung des Themas der maritimen Sicherheit im Persischen Golf unterhalb der Schwelle von militärischen oder zivilen Missionen im Rahmen einer multilateralen Gesprächsplattform zu behandeln. Nur durch Diplomatie, kluge Politik und der Umsetzung und Kontrolle von getroffenen Vereinbarungen wird es gelingen, eine langfristige Lösung zur Stabilisierung der gesamten Region zu erreichen.🌐

Der Kommentar wurde am 22.8.2019 fertiggestellt.

Dr. Nils Schmid

geb. 1973, MdB, seit 2018 Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

nils.schmid@bundestag.de

